

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 848-48 ppbn d



Inhalt

Bundesminister Hans Matthöfer zeigt die Grenzen und Möglichkeiten staatlicher Werfthilfepolitik auf.

Seite 1/2

Staatssekretär Hans de With: Zustimmung zur Reform der elterlichen Sorge auch aus Kirchenkreisen.

Seite 3/4

Egon Lutz MdB analysiert Biedenkopfs "Wege aus der Arbeitslosigkeit".

Seite 5/6

"Gustav-Heinemann-Initiative" wendet sich gegen engstirnigen nationalen Provinzialisismus.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 57

22. März 1978

Werften im Strukturwandel

Grenzen und Möglichkeiten staatlicher Werfthilfepolitik

Von Hans Matthöfer MdB
Bundesminister der Finanzen

Die deutschen Werften befinden sich derzeit in einer schwierigen Lage. Auch Meldungen über hohe Exportaufträge für U-Boote dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir es im Schiffbau mit erheblichen strukturellen Umstellungsprozessen zu tun haben. Dabei sind es vor allem drei Entwicklungstendenzen, die in ihren negativen Auswirkungen zusammentreffen:

- die drastisch zurückgegangene Nachfrage nach Schiffsraum in der Welt
- der Rückgang des deutschen Anteils an diesem schrumpfenden Markt
- der tendenziell rückläufige Werftanteil am Gesamtproduktionswert bei zunehmend höherem technischen Standard der schiffstechnischen Einrichtungen und Navigationssysteme.

Zweifelsohne bestehen heute Überkapazitäten im Weltschiffbau. Staatliche Erhaltungssubventionen tragen auf Dauer nicht zur Lösung des Problems bei. Ein Kapazitätsabbau ist daher grundsätzlich bei den zu erwägenden Maßnahmen nicht auszuschließen.

Allerdings wird zu berücksichtigen sein, daß der Nachfragerückgang vor dem Hintergrund einer drastischen Verschiebung der Marktanteile stattfindet. Über Jahre hinweg stand Japan auf den Weltschiffbaumärkten im Zentrum der Aufmerksamkeit. In jüngster Zeit sind es allerdings aufstrebende Entwicklungsländer wie z.B. Brasilien oder Südkorea, die ihre Marktanteile dynamisch ausweiten, ein Prozeß, der z.B. im Jahre 1976 fast ausschließlich zu Lasten Japans ging.

Deutschland ist kein Niedriglohnland und soll es auch nicht werden. Denn ein hohes Lohnniveau ist nicht ohne weiteres

mit einer schlechten Wettbewerbsposition gleichzusetzen. Das beweist die Gesamtentwicklung der deutschen Exporte.

Auch die Auswirkungen der DM-Aufwertung auf den deutschen Schiffbau sollten nicht überschätzt werden. Berücksichtigt man die Preissteigerungen, so ergibt sich zwar gegenüber vielen Ländern durchaus auch eine "reale" Aufwertung der deutschen Mark, dies gilt jedoch keineswegs gegenüber Japan, dem Hauptwettbewerber im Weltschiffbau.

Im Wettlauf um Marktanteile spielen neben technologischem Niveau und Kosten staatliche Subventionen eine wichtige Rolle. Auch in der Bundesrepublik summieren sich Werft- und Reederhilfen, Sonderzuschuß und sonstige Maßnahmen zu einem beachtlichen Subventionierungsvolumen. Man mag darüber diskutieren, ob das Ausmaß staatlicher Hilfen im Vergleich zu anderen Ländern angemessen ist. Entscheidend ist, inwieweit unsere Maßnahmen bei anderen als Anlaß und Rechtfertigung angesehen werden, ihrerseits entsprechende oder gar weitergehende Maßnahmen zu ergreifen. Die Bundesrepublik kann nicht die Rolle eines handelspolitischen Außenseiters spielen. Aber jeder nationalen Subventionspolitik sind bestimmte Grenzen gesetzt.

Die Schiffe, die unsere Werften verlassen, werden in ihren Einrichtungen immer komplizierter und kostspieliger. Auf der Nachfrageseite besteht ein deutlicher Trend zu - entwicklungsintensiveren - Spezialschiffen. Beschränkt sich die Werft auf ihre Rolle als Montagezentrum, so ist es unausweichlich, daß ihr Anteil am Produktionswert abnimmt, der Zulieferanteil dagegen wächst. Innerhalb der am Schiffbau beteiligten Industrien findet ein Strukturwandel statt, der zu Lasten der Werften geht.

Mit Programmen des Forschungs- und Technologieministers werden seit einiger Zeit Entwicklungsvorhaben auf vielen Gebieten der Meerestechnologie gefördert. Dazu gehört neben der Off-shore-Technik auch der Schiffbau, insbesondere die Entwicklung von Spezialschiffen. Die deutsche Schiffbauindustrie kann sich dem Strukturwandel nur anpassen, wenn es stärker als bisher gelingt, Produkt- und Prozeßinnovationen anzuregen und zum Erfolg zu führen.

Sicherlich wird auch bei deutschen Werften ein Abbau von Tonnagekapazität stattfinden müssen. Ein solcher Kapazitätsabbau muß aber nicht zwangsläufig in gleichem Maße Beschäftigungsabbau sein. Moderner und technologisch fortschrittlicher Schiffbau erfordert insgesamt einen höheren Arbeitseinsatz. Es ist Aufgabe der Unternehmens- und Regionalpolitik, daß ein möglichst hoher Anteil dieser neuen Arbeitsplätze im Werftbereich oder zumindest im werftnahen Bereich geschaffen wird.

Die deutsche Schiffbauindustrie braucht nicht Opfer einer technologisch bedingten Strukturveränderung zu werden, sondern kann und sollte ihr Träger und Motor sein. Staatliche Mittel sind dann sinnvoll eingesetzt, wenn sie dazu beitragen, die Chancen in diesem Anpassungsprozeß zu verbessern.

(-/22.3.1978/bgy/ja)

Zustimmung auch aus Kirchenkreisen

Reform der elterlichen Sorge sollte von breiter Mehrheit bejaht werden

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesjustizminister

Dem Deutschen Bundestag liegt zur Zeit der von den Fraktionen der SPD und FDP eingebrachte, auf einen Regierungsentwurf der vergangenen Wahlperiode zurückgehende Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge zur Beratung vor. Diese Vorlage hat zum Ziel, die im Bürgerlichen Gesetzbuch mit "Elterliche Gewalt über eheliche Kinder" überschriebenen, das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und ihren minderjährigen Kindern regelnden Vorschriften umfassend zu reformieren.

Das Reformvorhaben ist Gegenstand heftiger Kritik geworden, deren Grundtenor im wesentlichen lautet: Eine Neuordnung sei überflüssig, sie gefährde die Familie, sie überbetone die Rechte der Kinder zu Lasten der Eltern und führe dadurch zu einer Frontstellung zwischen Eltern und Kindern, dem Staat werde ein Eingreifen in die Freiheit der Familie allzu leicht gemacht. Als Wortführer sind vor allem die katholischen Bischöfe, aber auch katholische Laienorganisationen wie beispielsweise das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hervorgetreten. Von Seiten der evangelischen Kirche waren offizielle Stellungnahmen nicht veröffentlicht worden. Es war aber von ihr in anderer Weise verdeutlicht worden, daß in ihr gewisse Bedenken bestehen.

Umso erfreulicher erscheint deshalb, daß in der letzten Zeit zunehmend Äußerungen von den Kirchen nahestehenden Gremien oder Organisationen bekannt werden, die die Reform im Grundsatz und in der Tendenz befürworten. In diesem Sinne haben sich unlängst die Mitgliedsverbände des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend geäußert. Sie haben ausdrücklich hervorgehoben, daß sie in dem Entwurf keinen unzu-

lässigen Eingriff des Staates in die Erziehungsfunktion der Familie sehen, ferner: daß sie dem Staat grundsätzlich das "Wächteramt" über die Rechte des Kindes zubilligen und es schließlich für richtig halten, daß ein Kind "entsprechend seinem Reifegrad an Entscheidungen über seine Angelegenheiten und an der sich daraus ergebenden Verantwortung zu beteiligen" ist. Auch der Bundesausschuß der Katholischen Jungen Gemeinde hat die Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen, die in der Reformvorlage vorgeschlagen wird, ausdrücklich begrüßt.

Für die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen hat deren Präsident Professor Dr. Dr. Siegfried Keil erklärt, daß sich die Aktionsgemeinschaft mit den im Entwurf enthaltenen Vorstellungen der Koalitionsfraktionen zur Reform der elterlichen Sorge grundsätzlich einverstanden zeige. Sie geht bei der Stärkung der elterlichen Pflichten zu Gunsten der wachsenden Selbstverantwortung des Kindes beispielsweise bei Fragen der Berufsentscheidung sogar noch über den Fraktionsentwurf hinaus.

Die hierin zutage tretende Entwicklung der Diskussion ist sehr zu begrüßen. Sie zeigt vor allem, daß nunmehr das Stadium sachlicher, weitgehend emotionsfreier Befassung mit dem Entwurf erreicht zu sein scheint. Die anfänglich von harten Gegensätzen gekennzeichnete Diskussion beginnt, sich zu beruhigen und ausschließlich an der Sache zu orientieren. Es scheint so, als stünde der Gärungsprozeß, der für das Gelingen eines guten Gesetzes notwendig ist, kurz vor seinem Abschluß. Das demokratische Gesetzgebungsverfahren lebt von der kritischen Auseinandersetzung mit den Argumenten der jeweils anderen Seite. Es ist charakterisiert durch das sachliche Eingehen auf deren Standpunkte und durch die Bereitschaft zum Kompromiß.

Es ist zu hoffen, daß die sich heute abzeichnende Zusammenführung der gegensätzlichen Ansichten im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens auch im Bundestag gelingt und damit erreicht wird, daß die Reform nicht nur im Parlament, sondern auch in der Bevölkerung von einer breiten Mehrheit mitgetragen und bejaht wird.

(-/22.3.1978/ks/ja)

Mehr Dienstbotenstellen für Frauen

Professor Biedenkopfs "Wege aus der Arbeitslosigkeit"

Von Egon Lutz MiB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die politische Ausbeutung der Arbeitslosen zu eigennützigen agitatorischen Zwecken gehört hierzulande längst zum Standardrepertoire von Interessenvertretern, Wahl- und Arbeitskämpfern. Die laufenden Tarifaueinandersetzungen sind dafür lebendiger Anschauungsunterricht. Mit dem anhaltenden Vorhandensein mehr als einer Million arbeitsuchender Menschen lassen sich die verschiedensten Anschauungen, Forderungen und Deutungen prachtvoll bekräftigen, sozusagen empirisch beweisen.

Von dem durch den ehemaligen Generalsekretär der CDU, Professor Biedenkopf, gegründeten "Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik" hatten wir schon so etwas erwartet. Es entspricht auch einem alten strategischen Konzept der Union, den öffentlichen Glaubwürdigkeitsvorschuß wissenschaftlicher "Institute" und "Gesellschaften" als politische Waffe zu nutzen. Überraschend an dem "ersten Gutachten" des Biedenkopf-Instituts ist noch am ehesten die methodische Schlichtheit seiner Darlegungen.

Eine entscheidende Schwäche der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik soll die unzureichende Analyse der Ursachen sein. Eine seltsame Behauptung angesichts des gegenwärtig außerordentlich hohen Forschungsstandes in der Beschäftigungstheorie. Allerdings stützt sich das "Gutachten" ausweislich seiner Anmerkungen vorwiegend auf Schriften des "Instituts der Deutschen Wirtschaft" und des "Management-Instituts Hohenstein". Die eigene Ursachenanalyse mündet in den Lehrsatz: "Aus den verschiedensten Gründen wird heute weltweit nicht so viel konsumiert und investiert, wie produziert werden könnte." Zu diesen Ursachen rechnet das Institut immerhin die "Nachfrageschwäche". Wer nun ein Plädoyer für die Stärkung der Massenkaufkraft erwartet, sieht sich enttäuscht. Die Nachfrageschwäche muß von der Angebotsseite her repariert werden. Die angebotenen Waren und Dienste sind a/ nicht preiswert genug, b/ nicht bekannt genug und c/ nicht attraktiv genug. Mit diesem semantischen

Kunstgriff lassen sich fast alle Unternehmerpositionen plausibel in die Beweiskette einreihen: Lohnsenkung (besonders in den Bereichen niedriger Produktivität) - die Einkommensausfälle müssen ähnlich wie beim Wohngeld durch die öffentliche Hand ausgeglichen werden. Trotzdem selbstverständlich Dämpfung der Staatskosten (restriktive Personalpolitik im staatlichen Bereich). Vor allem aber: Dämpfung der Sozialkosten.

Eine der Ursachen der Nachfrageschwäche soll der mangelnde Bekanntheitsgrad der Güter und Dienstleistungen sein. Biedenkopf schlägt daher den Aufbau und Ausbau von Consulting-Unternehmen vor. Mit einem beherzten Satz hat der Professor die Grenze zur Lächerlichkeit übersprungen. Vielleicht denken die Herren an Liechtenstein, von wo Consulting-Unternehmen Gutachten wie dieses spendenwilligen aber steuerscheuen Unternehmen zu verhökern pflegen. Die Wirtschaft wird hoffentlich den Wink verstehen.

Ein Talent wie Biedenkopf kann es nicht dabei bewenden lassen, Ursachen- und Maßnahmenkomplexe aus dem Verteilungskampf in seine Beweiskette aufzunehmen. Mit einer Art Transformatorformel läßt sich nahezu die gesamte Innenpolitik der sozialliberalen Koalition in den Ursachenkatalog der Arbeitslosigkeit einbeziehen: Die Arbeitslosigkeit ist Ausdruck einer umfassenden gesellschaftlichen und politischen Krise. Rückbesinnung auf tragende gesellschaftliche Strukturen tut not. Die Anerkennung dessen, der etwas unternimmt. Eine Politik, die Raumschaft zur Entfaltung des einzelnen.

Danach begegnen wir vielen alten Bekannten aus der agitatorischen Mottenkiste: Die Zunahme von staatlicher Betreuung, Reglementierung und Bevormundung wird ebenso geißelt, wie überholte Gesellschaftsmodelle, schleichende und galoppierende Geldentwertung, die übermäßige Verschuldung der öffentlichen Hand usw. Gleichsam nebenher wird gleich noch die Bildungspolitik, die gesamte Sozialpolitik und Teile der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung abgewatscht.

Bei dieser umfassenden Beweisfunktion der Arbeitslosigkeit erscheint es logisch ziemlich unschlüssig, daß gleichzeitig der Versuch gemacht wird, die Arbeitslosigkeit bzw. das Schicksal der Arbeitslosen zu verharmlosen ("Arbeitslosigkeit kann im Einzelfall durchaus erträglich sein"). Die Arbeitslosen werden in Gruppen auseinanderdividiert, die nach Ursache und sozialer Interessenlage wenig gemein haben. Falsch Qualifizierte lassen sich der verfehlten Bildungspolitik zuordnen. Bei älteren Arbeitslosen empfiehlt Biedenkopf außer einem "Umdenken aller Beteiligten" die Überprüfung sozialer Schutzmaßnahmen. Nicht sehr originell, aber ziemlich niederträchtig. Arbeitslosen Frauen und Ungelernten hat Biedenkopf Verwendung als Hauspersonal zuge-dacht: Arbeitsplätze in privaten Haushalten "müssen erschlossen und von bisherigen Diskriminierungen befreit werden". Im Übrigen möchte der Professor die Zahl der Arbeitsunwilligen, die in die Arbeitslosenstatistik eingeht, nicht unterschätzt sehen. Zur Erhärtung solcher Einschätzung beruft sich das "Gutachten" auf "Teiluntersuchungen", so zum Beispiel auf den Beitrag eines G. Ahl (Direktor des Arbeitsamtes Dortmund) in "Die Zeit" vom 5. August 1977 mit dem vielsagenden Titel: "100.000 Drückeberger?"

Das in anspruchsloser Diktion und Methodik ganz auf Breitenwirkung angelegte Traktat ist mit Kurzfassungen in mehreren Stufen bis hin zum Flugblattdeutsch ausgestattet.

Mit diesem Werk dürfte ein weiterer Teil des traditionellen Vertrauensvorsprunges professoraler Einlassungen und sogenannter Gutachten verspielt sein. Ein vielbenutztes politisches Agitationsmittel ist totgeritten. (-/22.3.1978/ks/ja)

Die Resignierten aufrütteln!

"Gustav-Heinemann-Initiative" warnt vor Abbau rechtsstaatlicher Garantien

Von Walter Hähle

Die "Gustav-Heinemann-Initiative", die sich mit einer Erklärung am Mittwoch dieser Woche an die Öffentlichkeit wandte, versteht sich als eine Antwort auf das Bedürfnis nach Sammlung bei vielen Menschen, die ihr Verständnis von Staat, Bürger und Gesellschaft in besonderer Weise durch Gustav Heinemann repräsentiert sahen. Sie wendet sich, wie es in der Erklärung heißt, an alle, die "das Grundgesetz nicht als Zement einer starren Ordnung mißverstehen, sondern als Angebot einer Gesellschaft, in der sich immer von neuem freie Bürger in solidarischer Anstrengung um mehr Gerechtigkeit bemühen".

Wie auf der Pressekonferenz mitgeteilt wurde, soll keine Organisation mit fester Mitgliedschaft, kein eingetragener Verein entstehen; wohl aber will die Initiative mit allen Kontakt aufnehmen, die an einer Mitarbeit und Unterstützung der Ziele der Initiative interessiert sind. Die Werbung soll vor allem durch eine Art Briefaktion im Schneeballsystem erfolgen. Die Initiative will sich durch Spenden der Interessierten finanzieren.

Die Zahl der Unterzeichner der Erklärung zur Gründung der Gustav-Heinemann-Initiative wurde bewußt auf zunächst nur 23 Personen begrenzt. Es ist beabsichtigt, diesen inneren Kreis durch Kooptation von Interessierten auf etwa 50 bis 60 Personen auszuweiten.

In ihrer Gründungserklärung lädt die Initiative zu einer Vortragsveranstaltung mit Podiumsdiskussion am 23. Mai in Rastatt ein. Generalbundesanwalt a.D. Max Güde und der Münchner Journalist Robert Leicht werden über das Thema sprechen: "Bekommen wir eine andere Republik?"

Es ist geplant, jedes Jahr am Verfassungstag in Rastatt, am Ort der "Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte", eine solche öffentliche Veranstaltung mit aktueller Thematik stattfinden zu lassen. Weitere Veranstaltungen und Stellungnahmen zu relevanten Themen sind bei gegebenen Anlässen möglich.

In ihrem Aufruf erinnert die Initiative an die Osteransprache Gustav Heinemanns 1968, in der er u.a. gesagt hatte: "Unser Grundgesetz ist ein großes Angebot. Zum erstenmal in unserer Geschichte will es in einem freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat der Würde des Menschen Geltung verschaffen. In ihm ist Platz für eine Vielfalt der Meinungen, die es in offener Diskussion zu klären gilt. Uns in diesem Grundgesetz zusammenzufinden und seine Aussagen als Lebensform zu verwirklichen, ist die gemeinsame Aufgabe."

Heute sei unsere Freiheit durch Angst, Resignation und Trägheit bedroht: "Einschüchterung und Selbstzensur engen den Raum freier Diskussion ein und drängen vor allem junge Menschen an den Rand einer Gesellschaft, in der Unduldsamkeit wieder modern werden könnte."

Die Initiative ruft dazu auf, die Resignierten aufzurütteln, die dem Rechtsstaat und unserer freiheitlichen Verfassung keine Zukunft mehr geben wollen. Sie warnt vor denen, "die vom Abbau rechtsstaatlicher Garantien mehr Sicherheit erwarten. Nur ein liberaler Staat kann ein starker Staat sein". Sie wendet sich gegen engstirnigen nationalen Provinzialismus, gegen einen Begriff von Reform, der nur Wachstum verteilen will statt zwischen Alternativen von Wachstum zu entscheiden und Strukturen zu schaffen, die humanes Leben sichern.

Zu den Initiatoren der Gustav-Heinemann-Initiative, die die Gründungserklärung unterzeichnet haben, gehören u.a.: Marianne und Walter Dirks, Erhard Eppler, Helmut Frenz, Walter Jens, Luc Jochimsen, Siegfried Lenz, Gerhard Mauz, Kurt Scharf, Eberhard Stämmler, Carola Stern und Heinz Oskar Vetter.

(-/22.3.1978/bgy/ja)